

## Hintergrundpapier

Nr. 20 / September 2010

# Die Parlamentswahlen in Myanmar (Birma)

*Nach 48 Jahren Herrschaft hat das Militär in Myanmar, dem ehemaligen Birma, für den 7. November 2010 Wahlen angekündigt. Sie werden weder frei noch fair sein. Generäle wollen in Zivil weiterregieren, sie sprechen von „Disziplin-Demokratie“. Die NLD-Partei von Aung San Suu Kyi boykottiert die Wahlen. Kleinere demokratische Parteien treten an. Nach einem ungenügenden Systemwechsel wollen sie den Machthabern im Laufe des Jahrzehnts schrittweise Demokratisierung abringen.*

Yangon, 22.9.2010

„Es ist eine sehr wichtige Zeit für die Union Myanmar<sup>1</sup>, da demokratische Mehrparteien-Wahlen bald stattfinden, bei denen das Volk Repräsentanten wählen soll, die fähig sind, den Demokratisierungsprozess zu überschauen“, ließ Myanmars Militärregierung verlauten, als sie den 7. November als Wahltermin bekannt gab. Offenbar streben die Generäle, die seit Jahrzehnten Menschenrechte verletzen, nach internationaler Anerkennung. Und sie hoffen auf ein Ende der knapp 20 Jahre lang bestehenden US- und EU-Sanktionen. Auf den ersten Blick hört sich der versprochene Wandel in Myanmar gut an. 47 Parteien wollten sich registrieren, das Regime ließ 42 zu. 37 Parteien gelang es, notwendige 1.000 Mitglieder zu rekrutieren und Kandidaten aufzustellen. Mit den Wahlen könnte erstmals seit 1962, also seit Machtübernahme des Militärs, Parlamentarismus zurückkehren. In 330 Wahlkreisen sind gut 27 Millionen Bürger wahlberechtigt, Staatsbeamte und Geistliche jedoch nicht. Nur Wahlkreisgewinner erhalten Parlamentsmandate (first-

<sup>1</sup> Die Verwendung des von der Junta eingeführten Staatsnamens Myanmar beabsichtigt keine politische Stellungnahme sondern leistet dem Sprachgebrauch des Auswärtigen Amtes und der Vereinten Nationen Folge.

past-the-post). Nationale Politiker bzw. Regionalvertreter bilden zwei nationale Kammern<sup>2</sup>. Zudem sollen sich erstmals in der Staatsgeschichte auch 14 regionale Parlamente konstituieren. Diese könnten lokaler Einflussnahme ethnischer Minderheiten endlich einen institutionellen Rahmen geben. National ist eine Mischung aus Präsidial- und Parlamentssystem vorgesehen. An der Spitze der Exekutive stehen ein Präsident und zwei Stellvertreter. Alle werden während einer Versammlung der beiden Parlamentskammern gewählt. Das neue Politsystem, offiziell „disziplin-florierende Demokratie“ genannt, beruht auf der Verfassung von 2008. Sie soll nach der Wahl in Kraft treten. Auch wenn Grundrechte jederzeit eingeschränkt werden können: Immerhin sehen knapp 40 Verfassungsartikel Freiheit und Bürgerrechte vor, darunter Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Gleichberechtigung der Frau, Gleichberechtigung der Ethnien sowie das Recht, eigene Sprache und Kultur zu pflegen, sind verankert. Privateigentum, geistiges Eigentum sowie Marken werden geschützt. Allerdings ist zu erwarten, dass zwischen Verfassungslehre und Verfassungswirklichkeit Welten liegen.

### Demokratisierung als Etikettenschwindel



Birmas Generäle – Unterwegs zur Demokratie?<sup>3</sup>

Was auf dem Papier stellenweise keinen schlechten Eindruck macht, ist in Wahrheit ein Etikettenschwindel. Exil-Demokraten befürchten eine „Zivil-Diktatur“. Myanmars Grundgesetz verhindert fairen, politischen Wettbewerb und garantiert stattdessen Machterhalt des Militärs. Ein Viertel aller Parlamentssitze werden nicht per Wahl vergeben sondern sind für Soldaten reserviert. Da mehr als 75 Prozent der Abgeordneten Verfassungsänderungen zustimmen müssen, hat die Fraktion der Soldaten ein Vetorecht. Durch Verhängung eines Ausnahmezustands kann die Regierung suspendiert werden. In dem Fall kommt der Oberbefehlshaber der Streitkräfte an die Macht. Die Verfassung besagt nicht, dass der Staatspräsident automatisch Oberbefehlshaber ist. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass ein aktiver General Oberbefehlshaber wird und ein General im Ruhestand Präsident. Zivile Kontrolle über Streitkräfte sieht anders aus. Auch ist das Militär durch eigene Gerichte von der zivilen Gerichtsbarkeit geschützt. Das Grundgesetz schließt die unter Hausarrest stehende Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi als Präsidentin oder Vizepräsidentin der Union aus, weil ihre Kinder aus der Ehe mit einem Briten keine Staatsbürger Myanmars sind. Der Präsident und die beiden Vizepräsidenten sowie die drei Minister für Verteidigung, für Sicherheit/Inneres sowie für Grenzfragen müssen mit Militärangelegenheiten vertraut sein. „Das alles institutionalisiert Militärdiktatur unter dem Deckmantel angeblicher Demokratie. Da machen wir nicht mit“, sagt Nyunt Wai, ein Mitglied des Zentralkomitees der Nationalen Liga für Demokratie (NLD). Die Partei von Generalsekretärin Suu Kyi hatte 1990 freie Wahlen gewonnen –



Aung San Suu Kyi

<sup>2</sup> Leider gibt die Verfassung keinen Aufschluss über die Kompetenzabgrenzung der beiden Nationalkammern.

<sup>3</sup> Das Urheberrecht aller Fotos und Karten liegt bei [www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org), die uns für diesen Bericht eine Nutzungsgenehmigung erteilt hat.

damals ignorierten die Militärs das Ergebnis und blieben einfach an der Macht. Suu Kyi steht seit 20 Jahren mit Unterbrechungen unter Arrest. Unter weiteren 2.100 politischen Häftlingen sind zahlreiche NLD-Mitglieder.

Ein Junta-Gesetz vom vergangenen März ermöglicht und regelt die Registrierung neuer Parteien<sup>4</sup>. Im April legten 27 ranghohe Militärs ihre Uniformen ab und strebten Positionen in neuen, von ihnen dominierten Parteien an. Am 27. August, vier Tage vor Anmeldeschluss von Wahlkandidaten, veranlasste General Than Shwe, seit 1992 Diktator, den größten Umbruch in der Geschichte seines Militärs: 70 Offiziere wurden Zivilisten, die meisten von ihnen offenbar Parteipolitiker. Than Shwe entschied, wer ihm fortan als Zivilist dienen, wer im Militär bleiben und wer dort aufsteigen soll. Die Nr. 3 und die Nr. 4 der Junta – General Thura Shwe Mann und General Tin Aung Myint Oo – verließen das Militär. Beide dürften zur Wahl antreten und könnten danach Präsident bzw. Vizepräsident werden. Than Shwe selbst blieb dagegen General. Er könnte nach der Wahl Oberbefehlshaber bleiben. Oder er könnte als Chef einer noch zu gründenden Militärstiftung in Rente gehen. So oder so wird erwartet, dass Than Shwe mächtig bleibt. In der Folge des Militärsturms Ende August dürfte der Diktator durch Neubesetzung der 70 vakant gewordenen Posten auch einen Generationswechsel in seinem Sinn organisiert haben.

### Junta-Partei will dominieren

Die Junta tritt fortan als Partei auf, als *Union Solidarity Development Party* (USDP). Die Partei wurde von 27 Ex-Offizieren der Junta mit gegründet. Die USDP ging aus der nach eigenen Angaben 28 Millionen Mitglieder starken *Union Solidarity Development Association* (USDA) hervor, die schon zuvor der zivile Arm des Militärregimes war. Jetzt, als Partei, ist die Organisation das Sammelbecken der Generäle, die in zivil weiterregieren wollen. Das beträchtliche Vermögen der ehemaligen USDA wurde von der USDP übernommen. Partei-Vorsitzender wurde General Thein Sein, der bisherige „Premierminister“ des Regimes. Auch er wird als zukünftiger Präsident oder Vizepräsident gehandelt. Außer der USDP gibt es weitere Junta-Parteien. Zum Beispiel stellt die linke *National Unity Party* 440 nationale und 535 regionale Kandidaten. Damit ist sie, gemessen an ihren Kandidaten, zweitstärkste Junta-Partei.

### Suu Kyis NLD-Partei boykottiert

Das Parteiengesetz vom März machte auch eine Neuregistrierung von Suu Kyis NLD-Partei nötig. Allerdings dürfen Parteien fortan keine Mitglieder haben, die gerade Gefängnisstrafen absitzen. Strafgefangene können auch nicht als unabhängige Kandidaten zur Wahl antreten. Suu Kyi ist zu Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt, aber ihre Strafe wurde vom Regime in Hausarrest verwandelt. Dadurch blieb lange unklar, ob sie eine Gefängnisstrafe absitzt oder nicht. Und somit blieb auch unklar, ob Suu Kyi aktives und passives Wahlrecht hat oder ob sie im Falle einer NLD-Neuregistrierung aus ihrer Partei hätte ausgeschlossen werden müssen. Offenbar konnte oder wollte die NLD das nicht prüfen. Denn unabhängig von ihrem persönlichen Schicksal scheint das Parteiengesetz, das ohne Zweifel viele andere NLD-Gefängnisinsassen trifft, aus Sicht Suu Kyis ein Schlag zuviel gegen ihre Partei gewesen zu sein. Die NLD-Generalsekretärin kam wahrer, innerparteilicher Debatte über Wahlteilnahme zuvor: Als einige NLD-Politiker, darunter der Parteivorsitzende Aung Shwe, trotz aller Hürden öffentlich von einer möglichen Wahlteilnahme sprachen, riet Suu Kyi Ende März kurz vor der entscheidenden Sitzung des NLD-Zentralkomitees laut ihrem Anwalt Nyan Win, „nicht einmal über Registrierung nachzudenken“. Bei Wahlteilnahme, so Suu Kyi laut Anwalt, verliere die Partei ihre Würde. „Bei der Zentralkomi-

<sup>4</sup> Siehe Annex I Parteien: Wer teilnimmt und wer nicht.



tee-Sitzung gab es gar keine Debatte, 130 Teilnehmer entschieden einstimmig gegen Registrierung“, sagt der stellvertretende NLD-Vorsitzende Tin Oo, der die Meinung Suu Kyis teilt. Weil die NLD sich nicht registrierte, folgte am 7. Mai die automatische Parteiauflösung – so sah es das Parteiengesetz der Junta vor. Die Auflösung ist tragisch, nicht zuletzt, weil die NLD die bevorstehenden Wahlen allein mit der Symbolkraft der Demokratie-Ikone Suu Kyi hätte gewinnen können.<sup>5</sup> Unter den Demokraten des Landes hätte nur die NLD ausreichend Mandate erlangen können, um Gesetzgebung zu prägen. Andererseits besteht in Myanmar weitgehend Einigkeit darüber, dass die Militärs genau wie 1990 auch jetzt nicht gedenken, eine Wahlschlappe hinzunehmen. Eine erneute Wahlniederlage von Junta-Parteien könnte eine erneute Annullierung des Ergebnisses nach sich ziehen, einen Systemwechsel erneut verhindern und Herrschaft durch Militärdekret wieder um Jahrzehnte verlängern.

### Neue demokratische Parteien treten an



Eröffnung der Parteizentrale der *National Democratic Force*. In der Bildmitte Than Nyein, Gründer und Parteivorsitzender.

In Myanmar gibt es innerhalb und außerhalb der NLD Demokraten, die finden, dass sie trotz aller Widrigkeiten in der Pflicht stehen, den Beginn von Wandel so weit wie irgend möglich mit zu gestalten. Sie treten zur Wahl im November an, weil sie glauben, dass ein Boykott unproduktiv und jeder politische Rahmen besser als der jetzige sei. Ein ungenügender Systemwechsel sei besser als keiner. Gelenktem Parlamentarismus könne im Laufe des Jahrzehnts schrittweise Demokratisierung folgen. Dass innerhalb der NLD keinesfalls Boykott-Konsens bestand, zeigt die Abspaltung von 17 NLD-Politikern. Sie gründeten eine neue Partei, die *National Democratic Force* (NDF). „Wir werden weder zurückschreiten noch davonlaufen. Wir sind nicht Leute, die sich wegen Schwierigkeiten zurückziehen“, sagt der NDF-Vorsitzende Than Nyein. Er war von 1997 bis 2008 politischer Häftling und gehörte bis Mai der NLD-Führung an. Seine neue NDF ist

<sup>5</sup> Am 20. September berichtete die Nachrichtenagentur Associated Press, dass Suu Kyi nicht auf der Wählerliste stehe und somit kein Wahlrecht habe.

stärkste Kraft unter den Demokraten, die antreten. Zu ihnen zählen auch die neu gegründete *Democratic Party Myanmar* (DPM) und die ebenfalls neue *Union Democratic Party* (UDP). Leider trat der vielversprechende UDP-Parteichef Phyo Min Thein – ein junger, hoch angesehener Ex-Häftling – Anfang August zurück. Sein Rückzug ist unter anderem bedauerlich, weil er erklärt hatte, eine liberale Partei aufbauen zu wollen. Phyo Min Thein beklagte immer strikere Einschränkung durch die Wahlkommission. Die Kommission ist nicht unabhängig, ihre Mitglieder sind von der Junta ernannt und vertreten Regime-Interessen. Ende August zog sich auch der Ex-NLD-Politiker Khin Maung Swe zurück, der die Splitterpartei NDF mitgegründet hatte.

Im Sommer hatte es zwischenzeitlich gute Gründe für Optimismus gegeben. In Yangon herrscht durch die bevorstehende Wahl eine offenere Atmosphäre, Menschen reden über Politik, Demokratie und Menschenrechte. All das war zuvor undenkbar, weil gefährlich. Mit Gründung von NDF, DPM, UDP und anderen neuen, demokratischen Parteien keimte die Hoffnung, dass in den Parlamenten trotz NLD-Boycott etliche Demokraten sitzen könnten. Mittlerweile ist klar, dass Regeln der Wahlkommission und Gängelung durch den Geheimdienst der Polizei (sog. Special Branch) den Demokraten arg zu schaffen machen. Parteien müssen eine Liste mit 1.000 Mitgliedern einreichen. Als die DPM das tat, gab die Wahlkommission die Liste offenbar weiter. Special Branch Beamte suchten alle Parteimitglieder auf. Die Beamten fragten aus und schüchterten so ein. Jeder musste zwei Passbilder abgeben. Damit war allen klar, dass der Geheimdienst Akten anlegt. Die Polizeiaktion sorgte auch dafür, dass sich potentielle Neumitglieder einen Beitritt ganz genau überlegen.

### Wahlkommission verhindert fairen Wettbewerb

Noch viel verheerender war die Bekanntgabe der Wahlkommission vom 13. August, welche den 30. August als letzten Tag für die Abgabe von Kandidatenlisten festsetzte. Innerhalb dieser wenigen Tage mussten Kandidaten auch ihre Registrierungsgebühr entrichten – umgerechnet 500 US-Dollar, mehr als ein durchschnittliches Jahreseinkommen in Myanmar. Während die USDP und andere Junta-Parteien viele Ressourcen haben, fehlt den Demokraten (NDF, DPM, UDP) das Geld. Der Zeit- und Gelddruck in der zweiten

Augusthälfte erschwerte auch wichtige Absprachen zwischen den demokratischen Parteien. Glücklicherweise gelang es in letzter Minute zu koordinieren, wer wo antritt, damit nicht in einigen Wahlkreisen mehrere Demokraten zur Wahl stehen und in anderen keine. Die Wahlkommission der Junta hat durch ihre Regeln und durch ihr Timing verhindert, dass demokratische Kräfte auf nationaler Ebene ausreichend Kandidaten aufstellen können. In den 330 Wahlkreisen werden insgesamt 498 Abgeordnete für die beiden nationalen Parlamentskammern gewählt. Die NDF stellt nur 162 Kandidaten, die DP nur 49 und die nach dem Rücktritt ihres Vorsitzenden implodierte UDP nur drei. Allerdings kommen einige Demokraten ethnischer Parteien hinzu, die sich nicht nur um regionale sondern auch um nationale Parlamentssitze bemühen. Zum Beispiel tritt die *Shan Nationalities Democratic Party* (SNDP) auch in 40 Wahlkreisen an, die nicht im Shan-State liegen. Hintergrund ist, dass die Shan-Volksgruppe nicht nur im Shan-State lebt sondern in vielen Teilen Myanmars. Manche Beobachter glauben, dass Demokraten einen Junta-



Thein Soe, ehemaliger Richter und jetzt Vorsitzender der Wahlkommission. Seit seiner Verurteilung Suu Kyis im Jahr 2009 treffen ihn Sanktionen: Er darf nicht in die EU einreisen.

Wahlsieg verhindern können. Andere rechnen dagegen mit Dominanz von Junta-Parteien und glauben, dass Demokraten vielleicht ein Viertel der Parlamentssitze gewinnen werden. Diese 25 Prozent sind notwendig, um Parlamentssitzungen einzuberufen. Dort könnten Gesetzesentwürfe eingebracht werden. Auch wenn Vorschläge abgeschmettert werden dürften – endlich könnten grundsätzliche Themen angesprochen und vielleicht sogar debattiert werden.

Die Junta-Partei USDP wird landesweit auf allen Ebenen insgesamt 1.163 Kandidaten stellen. Möglich ist, dass die Generäle im Ruhestand manche Nationalmandate ohne Gegenkandidaten gewinnen. In den neuen Regionalparlamenten dürfte es anders aussehen, weil ethnische Parteien in ihren Gegenden relativ stark sind – sie stellen zahlreiche Kandidaten und haben das Vertrauen vieler Wähler. Allerdings hat die USDP in einigen Regionen Persönlichkeiten, die innerhalb ihrer Volksgruppe angesehen sind, als Kandidaten rekrutiert. Angeblich soll es dabei zu Nötigungen gekommen sein. Die Taktik könnte der USDP in Gegenden zu Präsenz verhelfen, in denen sie sonst relativ schwach gewesen wäre. Wie vielerorts sind in Myanmar Personen oft wichtiger als Parteien oder gar Programme. Ende August hatten nur wenige Parteien Programme veröffentlicht. Sie sind vage. Auf die Frage, ob seine Partei eine konservative, eine linke, eine sozialdemokratische oder eine liberale Partei sei, sagte ihr Vorsitzender Thu Wai: „Im Moment geht es erst einmal um Demokratisierung. Alles andere kommt später.“

### **Wahlkampf ohne Straße**

Es wird keinen lebhaften Wahlkampf geben. Zugang zu Massenmedien wie TV und Radio ist eingeschränkt, Parteien stehen nicht mehr als 15 Minuten Sendezeit zur Verfügung. Sämtliche Sendeinhalte müssen der Wahlkommission vorgelegt und von ihr genehmigt werden. Kritik an der noch amtierenden Militärregierung kann zur Parteiauflösung führen. Umzüge auf der Straße sind verboten. Kundgebungen müssen an „bestimmten“, bislang nicht näher beschriebenen Orten stattfinden. Auf dem Weg dorthin dürfen keine Fahnen geschwenkt und keine Slogans gerufen werden. Im August schien der Informationsgrad von Bürgern noch erschreckend niedrig zu sein. Die meisten Menschen wussten offenbar nur, dass Wahlen kommen, dass das verhasste Regime als USDP weiterregieren will und dass Aung San Suu Kyis NLD nicht antritt. Dass andere Demokraten sich zur Wahl stellen, war weitgehend unbekannt. Wie sich das angesichts des unfairen Wettbewerbs ändern könnte, ist unklar. Allerdings legen Gespräche mit Wählern in Myanmar nahe, dass sie Freiheit und bescheidenen Wohlstand ohnehin nur unter Führung von Suu Kyi und der NLD für möglich halten. Die NLD-Splitterpartei NDF nutzt ein Bambushut, ein NLD-Symbol, als neues Parteilogo. Damit hofft die NDF, Antiregime-Stimmen zu gewinnen.

Am Wahltag selbst, also zu spät, soll es so frei und fair zugehen wie 1990. Die Stimmabgabe soll geheim erfolgen, danach sollen die Stimmen in den Wahllokalen öffentlich und unter Anwesenheit von Parteienvertretern gezählt werden. Theoretisch könnten – so wie in Indonesien üblich – über das Land verteilt Beobachter in ausgewählte Wahllokale gehen, nach Stimmauszählung durch Zusammentragen einiger Ergebnisse Hochrechnungen anstellen und Wahlergebnisse voraussagen. Stehen diese später gar nicht im Einklang mit offiziellen Ergebnissen, wäre das ein Hinweis auf Betrug bei der Addition der Stimmen aus den einzelnen Wahllokalen.

Das Regime will keine internationalen Wahlbeobachter zulassen. Zum 1. September wurde die seit Mai bestehende Möglichkeit, ein „Visa on arrival“ zu bekommen, ausgesetzt. Zur Wahl sollen so wenige Ausländer wie möglich im Land sein, insbesondere keine Auslandskorrespondenten. International ist damit zu rechnen, dass UN, USA und EU die Wahlen als unfrei und unfair verurteilen werden. Der südostasiatische Staatenbund ASEAN, dem Myanmar angehört, dürfte auch

Bedenken äußern, aber die Wahlen gleichzeitig als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnen.

### **Wirtschaftsliberalisierung als Rentenplan**

Vor den Wahlen privatisierte das Regime hektisch Staatseigentum. Die neue Verfassung schreibt Marktwirtschaft vor. Seit Anfang 2009 gab die Junta laut Presseberichten innerhalb weniger Monate rund 300 Staatsbetriebe, Liegenschaften und vieles andere an Freunde ab, darunter Fluglinien, Häfen, Staudämme, Bergwerke, Fabriken und Immobilien. Der Ausverkauf fand ohne Ausschreibungen im stillen Kämmerchen statt. Wo die Einnahmen landeten, ist unbekannt. Kritiker bezeichnen die Privatisierungswelle als Rentenplan für Militärs, die sich Einnahmen oder Beteiligungen gesichert haben könnten. Die Aktion stellte wichtige Weichen. So wie in Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion könnte auch in Myanmar Oligarchen-Wirtschaft blühen. Allerdings sollen manchen Geschäftleuten als Teil von teuren Paketen auch Unternehmen ange-dreht worden sein, die sie, weil marode, gar nicht haben wollten.

Myanmar ist reich. Gas, Öl, Holz und Edelsteine generieren Milliardeneinnahmen. Das Militär verschlingt gut ein Fünftel des Staatshaushaltes. Die breite Bevölkerung profitiert traditionell wenig vom Reichtum, weil Kriege und ungerechte Politsysteme bremsten oder verheerende Folgen hatten: britische Kolonialherren beuteten aus, ein Diktator richtete die Wirtschaft durch Sozialismus zu Grunde, der nächste pflegte unproduktive Patronage – und alle waren korrupt. Heute hat Myanmar einige Superreiche und gleichzeitig mit einem durchschnittlichen pro Kopf Einkommen von etwa 360 Euro im Jahr eine der ärmsten Bevölkerungen der Welt. 47 von 1.000 Kindern sterben im ersten Lebensjahr, die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 63 Jahren. Die UN schätzt, dass Haushalte durchschnittlich 73 Prozent ihrer Einkommen für Lebensmittel ausgeben. Laut WHO haben Myanmar und Sierra Leone die schlechtesten Gesundheitssysteme der Welt.

Möglich ist, dass die jüngst in Gang gesetzte Wirtschaftsliberalisierung – ungerechter Start hin oder her – eine Dynamik entfaltet, die das Land nicht nur wirtschaftlich sondern auch gesellschaftlich zum Positiven verändern wird. Monopole fallen, Privatleute dürfen nun Tankstellen, Krankenhäuser und Schulen betreiben. Optimisten hoffen, dass Liberalisierung auf lange Sicht auch mehr politische Freiheit nach sich zieht.

### **Die Lösung ethnischer Konflikte bleibt unwahrscheinlich**

Inwieweit die Wahl und das neue Politsystem ethnische Konflikte beilegen oder verstärken könnte, ist offen. Manche Vertreter der oft untereinander zerstrittenen ethnischen Minderheiten glauben, dass die geplanten Regionalparlamente endlich einen legalen Rahmen, politische Repräsentanz und begrenzte Selbstbestimmung bringen – sie nehmen an der Wahl teil. Andere glauben, dass birmanische Dominanz anhält – sie boykottieren die Wahl.

Im Vielvölkerstaat Myanmar leben außer der Bevölkerungsmehrheit, den Birmanen (68%, ca. 39 Millionen), offiziell mehr als 130 weitere Ethnien. Sieben dieser Minderheiten stellen insgesamt mehr als 20 Millionen Menschen: Shan, Karen, Arakan, Chin, Mon, Kachin, Karenni. Die Union Myanmar besteht aus 14 großen Verwaltungseinheiten: sieben Divisionen (in Zukunft Regionen genannt), in denen die deutliche Mehrheit Birmanen sind, sowie sieben Staaten, die nach den sieben nächstgrößten Ethnien benannt sind (Shan-State, Kachin-State usw.)<sup>6</sup>. Das neue Grund-

<sup>6</sup> Siehe Annex II: Karte von Myanmar, Divisionen und Staaten



gesetz garantiert allen Ethnien, die in der Region mehr als 0,1 Prozent der Bevölkerung stellen, einen Sitz in einem Regionalparlament.



Die Kayin People's Party ist eine der vielen ethnischen Parteien, die zur Wahl antreten.

Machtkämpfe von Birmanen und Minderheiten prägen seit Jahrhunderten Myanmars Politik. Die Union war noch nie vereint und friedlich. Eine 1947 kurz vor der Unabhängigkeit geschlossene Erklärung, das Panglong-Abkommen, sah eine Union vor, in der einigen Ethnien weitgehende Selbstbestimmung gewährt werden sollte. Nach der Unabhängigkeit strebten die Birmanen jedoch nach Dominanz. Separatismus und Krieg folgten, Zehntausende starben, Millionen flüchteten. Ab 1990 schloss die Junta Waffenstillstandsabkommen mit 19 von 24 bewaffneten Gruppen – allerdings ohne politische Lösungen, ohne Waffenabgabe und ohne dass die Junta Kontrolle über viele umkämpfte Gebiete erlangt hätte. Truppen der Waffenstillstandsgruppen behielten in ihren Gebieten das Sagen, manche finanzieren sich nach wie vor durch Drogenproduktion und –export. Immerhin ist in den Waffenstillstandsgebieten in der Regel seit vielen Jahren Frieden. In manchen Separatismus-Regionen ohne Waffenstillstand herrscht dagegen bis heute Krieg: Ethnische Rebellen wollen Unabhängigkeit, die myanmarische Junta will den Staat um jeden Preis zusammenhalten und soweit wie möglich kontrollieren. Nach Angabe des *Thailand Burma Border Consortiums* (TBBC) gab es 2009 allein im Osten Myanmars eine halbe Million Binnenflüchtlinge. Menschenrechtsorganisationen sprechen von Völkermord und berichten von Vertreibung, Folter, Vergewaltigungen als Kriegswaffe, Verschleppung und Zwangsarbeit. Der UN-Gesandte Tomas Quintana sieht systematische Menschenrechtsverletzungen. Er hat eine UN-Untersuchungskommission angeregt, die klären soll, ob die Junta Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beging bzw. begeht.



## Der Diktator ist gescheitert

Die Junta möchte die Soldaten der 19 Waffenstillstandsgruppen zukünftig als Grenzschutztruppen einsetzen. Ein Birmane und zwei Offiziere einer ethnischen Minderheit sollen diese Einheiten gemeinsam kommandieren. De facto dürfte das auf birmanisches Oberkommando hinauslaufen. Acht Waffenstillstandsgruppen sind einverstanden, neun nicht. Der Rest entschied sich bisher nicht. Frieden und Teilnahme am politischen Prozess sind nur zu Junta-Konditionen möglich. Zum Beispiel möchte die Waffenstillstandsgruppe *Kachin Independence Organisation* (KIO) nicht Grenztruppe unter birmanischem Teilkommando werden – daraufhin ließ die Junta die *Kachin State Progressiv Party*, die von einem ehemaligen stellvertretenden KIO-Vorsitzenden mitgegründet wurde, nicht zur Wahl zu. Nun ist ein erneuter Krieg im Kachin-Gebiet möglich und geregelte Wahlen fraglich. Ebenso in der Wa-Region, wo 20.000 Soldaten der United Wa State Army die Wahlen weitgehend verhindern wollen. Unmöglich dürften Wahlen auch in all jenen Gebiete der Karen und Karenni sein, in denen Rebellen und Waffenstillstandsgruppen sich weigerten, Grenztruppen unter birmanischem Teilkommando zu werden. Die Junta hat ihnen mit Krieg gedroht. Spannungen könnten auch in Teilen des Mon-Staates zunehmen, wo die *Mon National Liberation Army* mitteilte, sich nicht „ergeben“ zu wollen.



General Than Shwe wollte als Retter der Nation in die Geschichte eingehen.

Diktator Than Shwe mag davon geträumt haben, als Retter der Nation in die Geschichte einzugehen, als der Mann, der dem multiethnischen Myanmar Zusammenhalt, Frieden und eine ansatzweise demokratische Zukunft brachte. Nur wählte der General als Mittel Gewalt statt Zugeständnisse – und scheiterte. Myanmar, daran wird auch der begrenzte Wandel von 2010 nichts ändern, bleibt ein erzwungener, brüchiger Zusammenschluss konkurrierender Volksgruppen.

## Die Farce ist die einzige Chance

Die Vorbereitungen der Wahlen garantieren eine Farce. Gleichzeitig stellen diese Wahlen – auch angesichts der blutigen Niederschlagungen friedlicher Massenproteste 1988 und 2007 – die einzige, realistische Chance auf den Beginn demokratischen Wandels dar. Pragmatiker halten den absehbaren Machterhalt der Generäle für ein notwendiges Übel, denn nur so werde die Junta einen Systemwechsel weg von ihrer Herrschaft durch Dekret zulassen. Der „disziplinierte“ Parlamentarismus könnte spätere schrittweise Demokratisierung möglich machen. Bis zur nächsten Wahl im Jahr 2015 könnte General Than Shwe sterben, ein absehbarer Machtkampf könnte das Militär schwächen. Gleichzeitig könnten demokratische Oppositionskräfte die Zeit nutzen, um sich besser aufzustellen. Auch wenn es fast zu schön wäre: Theoretisch könnten sich die Soldaten selbst entmachten indem sie zustimmen, ihre garantierten Parlamentssitze nach 2015 oder 2020 aufzugeben. Und zwischenzeitlich könnte sich ein General als Demokrat entpuppen, populär werden, Wahlen gewinnen und das Land reformieren. All das geschah in Indonesien, wo der ehemalige Suharto-General Susilo Bambang Yudhoyono seit 2004 gut regiert. Allerdings gab es in Indonesien unmittelbar nach dem Sturz des Militärherrschers Suharto im Jahr 1998 Pressefreiheit. In Myanmar rechnet dagegen niemand schnell mit weitreichenden Freiheiten. Kurzfris-

tig könnte Fortschritt durch Wahlen wohl nur darin bestehen, dass Parlamente entstehen, die der demokratischen Opposition und den ethnischen Minderheiten politische Repräsentanz ermöglichen – begrenzt, aber immerhin. Zudem rechnen Optimisten damit, dass Myanmars Generäle, die internationale Anerkennung und ein Ende der Sanktionen wünschen, Aung San Suu Kyi sowie andere politische Häftlinge nach der Wahl frei lassen, möglicherweise noch im November.

### Wahlteilnahme oder Boykott?

Leider haben gegensätzliche Haltungen von Demokraten nicht nur in Myanmar sondern auch unter Exilanten zu Spaltungen geführt. Der neue Konflikt unter Demokraten spielt in die Hände des Regimes, denn er trägt bei zu Marginalisierung potentieller Konkurrenz. Im Land ruft die NLD zum Wahlboykott auf und lässt kein gutes Haar an der Splitterpartei NDF. Überspitzt dargestellt muss die Junta-Partei USDP kaum noch Stimmung gegen die NDF zu machen, weil die NLD das bereits erledigt. Und viele Wähler dürften auf die NLD hören. Zwischenzeitlich sorgten widersprüchliche Aussagen von Suu Kyis Anwalt für Verwirrung. Am 24. August berichtete die Nachrichtenagentur *Agence France Press* (AFP), Suu Kyis Anwalt Nyan Win habe übermittelt, die Friedensnobelpreisträgerin wünsche sich, dass die Bürger Interesse an der Wahl zeigen. NLD-Mitglieder sollten sich nicht von der Wahl abwenden, nur weil die NLD nicht teilnehme. Andere Parteien sollten nicht bei ihrer Arbeit behindert werden. Die neuen Töne schienen eine Abkehr von der bisherigen Linie zu sein, nach der es galt, die Wahl und alle Teilnehmer zu torpedieren. 24 Stunden später berichtete AFP, der Anwalt Nyan Win habe in einem neuen Telefoninterview gesagt, Suu Kyi rate NLD-Anhängern, nicht zur Wahl zu gehen. Der Demokratie-Hardliner Nyan Win, der auch NLD-Sprecher ist, ist nicht unumstritten. Realpolitiker verdächtigen ihn, Äußerungen Suu Kyis zu filtern und möglicherweise sogar in seinem Sinne zu verfälschen. Ob das stimmt ist unklar. In jedem Fall scheint die stille Post, mit der die einflussreichen Sätze Suu Kyis übermittelt werden, unzuverlässig zu sein. Leider verbietet ihr das Regime, sich öffentlich zu äußern.



Suu Kyi's Anwalt Nyan Win

Im Ausland, wo unter Exilgruppen Ablehnung des aktuellen politischen Prozesses stark überwiegt, kam es auch zu traurigen Spaltungen: Die meisten Exilgruppen sehen in Wahlteilnahme Junta-Anbiederung und verurteilen alle, die den Prozess als Chance ansehen. Die wichtigen Exilmedien *Democratic Voice of Burma*, *Irrawaddy* und *Mizzima* machen Stimmung gegen die Wahl und gegen alle, die Partizipation gut heißen oder gar teilnehmen. Dabei sind gerade diese realpolitischen, demokratischen Wahlteilnehmer wie NDF, DPM und UDP zu bewundern: Sie versuchen bei Gegenwind von allen Seiten – Regime, NLD, Exilgruppen, Medien – aktiv ein Stück Demokratie und Freiheit zu erreichen.

## ANNEX I: PARTEIEN

### WER TEILNIMMT UND WER NICHT

(Stand 22.9.2010)

47 Parteien wollten sich registrieren, 42 wurden von der Wahlkommission zugelassen, davon nehmen 37 an den Wahlen teil. 25 Prozent der Parlamentsmandate sind Militärs vorbehalten, über 75 Prozent entscheiden die Wähler. 1.163 Mandate werden durch Wahl vergeben, davon 330 bzw. 168 in den beiden nationalen Parlamentskammern und 665 in 14 Regionalparlamenten.

Pro Kandidat mussten Parteien eine Nominierungsgebühr von rund 500 USD bezahlen. Wer in allen Wahlkreisen für die beiden National-Parlamente Kandidaten aufstellen wollte, musste also rund 250.000 USD Gebühren entrichten. Das konnten sich nur die Junta-Parteien USDP und NUP leisten, alle anderen Parteien stellen somit wesentlich weniger Kandidaten.

### Parteien-Übersicht

#### 1. Nationale Parteien

- a) Demokraten
- b) Junta-Parteien
- c) Boykott

#### 2. Ethnische Parteien

- a) Demokraten
- b) Junta-Parteien
- c) Boykott

#### 3. Ablehnung durch Wahlkommission

#### 1. Nationale Parteien

##### a) Demokraten

##### **National Democratic Force (NDF)**

Gründung:	2010
Vorsitzender:	Than Nyein
Kandidaten:	162 in Zentralbirma

Die demokratische NDF ist eine Splitterpartei der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) von Aung San Suu Kyi. Als die NLD einer Wahlboykott-Empfehlung Suu Kysis folgte, grün-

deten 17 abtrünnige NLD-Mitglieder die NDF. Die neue Partei benutzt ein Parteesymbol der NLD, einen Bambushut. Die NDF hofft damit, von der Popularität der NLD zu profitieren. Ob das gelingt, ist fraglich. NDF-Mitglieder werden von der NLD als Verräter angesehen und öffentlich kritisiert. Die NDF hofft trotzdem, stärkste demokratische Kraft in den nationalen Parlamentskammern zu werden.

#### **Democratic Party (Myanmar) (DPM)**

Gründung: 1988  
 Vorsitzender: Thu Wai  
 Generalsekretärinnen: Mya Than Than Nu  
 Nay Ye Ba Swe  
 Cho Cho Kyaw Nyein  
 Kandidaten: 47 in fünf Divisionen (Rangoon, Mandalay, Pegu und Tenasserin) und zwei Staaten (Mon und Arakan)

Die Demokratische Partei trat bei den Wahlen von 1990 an – damals mit bescheidenem Erfolg. Angeführt wird sie seit nunmehr 20 Jahren von Thu Wai, einem Politikveteranen, der wegen Lesens ausländischer Zeitungen acht Jahre im Gefängnis saß. Zur Parteispitze gehören zwei Töchter ehemaliger Premierminister: Mya Than Than Nu ist Tochter von U Nu, dem ersten Premier des unabhängigen Birma und Nay Ye Ba Swe ist Tochter von Ex-premier Ba Swe.

#### **Union Democratic Party (UDP)**

Gründung: 2010  
 Vorsitzender: Thein Htay  
 Generalsekretär: Thein Tin Aung  
 Kandidaten: 3

Die UDP entstand aus dem Zusammenschluss zweier älterer Parteien, der Public Democracy Party (PDP) und der Union Democracy Alliance Party (UDAP), einer Partei der Shan-Volkgruppe. Der Auftritt der UDP war zunächst vielversprechend. Die Partei genoss Unterstützung sowohl von Demokraten als auch von Angehörigen der Shan-Minderheit. Leider trat Parteichef Phyo Min Thein – ein junger, angesehener Ex-Häftling – Anfang August zurück. Die Partei implodierte und stellt nunmehr nur drei Kandidaten.

#### **Kleinere demokratische Parteien:**

Democracy and Peace Party (DPP)  
 Peace and Diversity Party (PDP)  
 National Democratic Party for Development (NDPD)

#### **b) Junta-Parteien**

##### **Union Solidarity and Development Party (USDP)**

Gründung: 2010  
 Vorsitzender: Thein Sein (Premierminister der Junta)



Generalsekretär: Htay Oo (ehem. Landwirtschaftsminister der Junta)?  
Kandidaten: 1163 landesweit

Die USDP ist Sammelbecken von dutzenden Junta-Generälen, die jüngst das Militär verlassen, um als Zivilisten weiterzuregieren. Die Partei ging aus der rund 28 Millionen Mitglieder starken Union Solidarity Development Association (USDA) hervor, die zuvor der zivile Arm des Regimes war. Das Vermögen der USDA wurde von der USDP übernommen. Diktator Than Shwe wünscht einen klaren Wahlsieg der USDP.

## National Unity Party (NUP)

Gründung: 1988  
Vorsitzender: Htun Yee (ehem. Stellv. Stabschef der Armee)  
Generalsekretär: Than Tin (ehem. Bergbauminister der Junta)  
Kandidaten: 975 landesweit

Die National Unity Party wurde 1988 von der Junta mit Mitgliedern der ehemaligen *Burma Socialist Programme Party* gegründet. Bei den Wahlen von 1990 war die NUP drittstärkste Kraft und gewann zehn von 492 Parlamentssitzen. Bei den diesjährigen Wahlen steht die NUP nach eigenen Angaben für „den birmanischen Weg zur Wohlfahrt des Volkes“.

## 88-Generation Students and Youth Organisation (88GSYO)

Gründung: 2005  
Vorsitzender: Ye Htun  
Generalsekretär: Lay Soe  
Kandidaten: 38

Die 88-Generation Students and Youth Organisation ist eine der Junta nahe stehende Partei. Gegründet wurde sie von Aye Lwin, einem ehemaligen Demokratie-Aktivisten, der nach eigenen Angaben „das Vertrauen in die NLD verlor“. Aye Lwin trat mittlerweile aus der 88GSYO aus. Die Partei vertritt eine regime-treue Linie und wird Gerüchten zufolge von Mitgliedern des Regimes finanziert. Der Parteiname 88-Generation Students stiftet bewusst Verwirrung: Er suggeriert, dass die Mitglieder regimekritisch sind – so wie die Aktivisten des Studentenaufstandes von 1988.

## Union of Myanmar Federation of National Politics (UMFNP)

Gründung: 2005  
Vorsitzender: Aye Lwin  
Generalsekretär: Khin Maung Oo  
Kandidaten: 22

Die Wahlteilnahme der regimefreundlichen UMFNP stand offenbar schon vor ihrer Registrierung fest. Die Partei konnte mit dem Segen der Junta bereits Ende 2009 regionale Büros eröffnen und versucht seitdem, sich landesweit zu profilieren.

### **Modern People Party (MPP)**

Gründung: 1989  
Vorsitzender: Tun Aung Kyaw  
Kandidaten: 30

Die Modern People's Party ging in den späten 80er Jahren aus der Burma Communist Party hervor und nahm an den Wahlen 1990 teil – mit geringem Erfolg. Heute vertritt die Partei die Linie der Junta. Angeblich erhält sie im Gegenzug finanzielle Unterstützung.

### **National Political Alliance League (NPAL)**

Gründung: 2007  
Vorsitzender: Tin Tun Maung  
Generalsekretär: Tin Win  
Kandidaten: 40 landesweit

Die NPAL entstand aus dem Zusammenschluss verschiedener Splittergruppen demokratischer und regimefreundlicher Parteien. Der Vorsitzende Tin Tun Maung, ein ehemaliges NLD-Mitglied, war am Entwurf der Verfassung von 2008 beteiligt.

### **Kleinere Junta-Parteien:**

Wunthanu NLD (WNLD)  
National Development and Peace Party (NDPP)  
United Democracy Party (United DP)

### c) Boycott

#### **National League for Democracy (NLD)**

Gründung: 1988  
Vorsitzender: Aung Shwe  
Generalsekretärin: Aung San Suu Kyi

Die NLD war jahrzehntelang die größte, demokratische Partei Myanmars. Sie gewann 1990 bei freien Wahlen knapp 60% der Stimmen und damit 392 von 492 Parlamentssitzen. Die Junta ignorierte das Wahlergebnis und blieb an der Macht. Partei-Chefin Suu Kyi steht mit Unterbrechungen seit 20 Jahren unter Arrest. Die NLD erkennt die neue, undemokratische Verfassung von 2008 nicht an. Aus Protest gegen unfaire Parteien- und Wahlgesetze boykottiert die NLD die Wahlen 2010.

Zwei prominente Oppositionsgruppen – die All Burma Monks Alliance und die 88 Generation Students – unterstützen die Entscheidung der NLD. Beide riefen die Bevölkerung zum Wahlboykott auf und warnten davor, „die unrechtmäßigen Handlungen des Militärregimes durch Wahlteilnahme zu legitimieren“.

## 2. Ethnische Parteien

### a) Demokraten

#### **Shan Nationalities Democratic Party (SNDP)**

Gründung: 2010  
Vorsitzender: Sai Ai Pao  
Kandidaten: 40 in Shan-State, Kachin State, Kayah State  
und Sagaing Division

Die SNDP will nicht nur Wähler innerhalb des Shan-Staates sondern auch in drei weiteren Staaten und Divisionen ansprechen, in denen ebenfalls viele Shan leben. Beobachter schätzen die Erfolgsaussichten der SNDP als gut ein. Die Partei könnte vom Wahlboykott (s. u.) der Shan Nationalities League for Democracy (SNLD) profitieren.

#### **Rakhine Nationalities Development Party (RNDP)**

Vorsitzender: Aye Maung  
Generalsekretär: Thein Tin  
Kandidaten: 22

Die RNDP gilt als vielversprechendste ethnische Partei nach der SNDP. Die Partei ist unter der Volksgruppe der Rakhine populär und stellt sich im Rakhine-Staat in 22 Wahlkreisen zur Wahl. Im Vorfeld der Wahlen berichteten Parteimitglieder von wiederholten Gängelungen durch den Geheimdienst der Polizei (Special Branch).

#### **Chin Progressive Party (CPP)**

Vorsitzender: Hlung Kyae  
Generalsekretär: Zung Hlay Htan  
Kandidaten: 42 im Chin-Staat und der Sagaing-Division

Die CPP ist die einzige Chin-Partei, die nicht nur auf regionaler sondern auch auf nationaler Ebene zur Wahl antritt. Zusätzlich zu den Wahlkreisen im Chin-Staat stellt sie auch Kandidaten in zwei Wahlkreisen der Sagaing-Division. Für die Zeit nach den Wahlen hat die CPP angekündigt, ihr Vorgehen mit anderen ethnischen Parteien koordinieren zu wollen.

### Andere ethnische Parteien

Kaman National Progressive Party (KNPP)  
Chin National Party (CNP)  
All Mon Region Democracy Party (AMRDP)  
Mro or Khami National Solidarity Organisation (MKNSO)  
Lahu National Development Party (LNDP)  
Pa-O National Organisation (PNO)  
Taaung (Palaung) National Party (TPNP)  
Inn National Development Party (INDP)

Wa Democratic Party (WDP)  
Phalon-Sawaw Democratic Party (PSDP)  
Ethnic National Development Party (ENDP)  
Khami National Development Party (KNDP)  
Kayin State Democracy and Development Party (KSDDP)  
Wa National Unity Party (WNUP)  
Kayan National Party (KNP)  
Kokang Democracy and Unity Party (KDUP)

## b) Junta-Parteien

### **Rakhine State National Force of Myanmar (RSNFM)**

Gründung: 2005  
Vorsitzender: Aye Kyaing  
Generalsekretär: Myint Zaw

Der RSNFM-Vorsitzende Aye Kyaing kandidierte bei den Wahlen 1990 für die junta-nahe NUP, erlangte aber kein Mandat. 2005 gründete er die RSNFM, die nach eigenen Angaben mittlerweile 200.000 Mitglieder hat. Im Rakhine-Staat dürfte die konkurrierende demokratische Rakhine Nationalities Development Party (RNDP) für Wähler die attraktivere Option sein.

### **Unity and Democracy Party of Kachin State (UDPKS)**

Gründung: 2010  
Vorsitzender: Khet Htein Nan  
Generalsekretär: Phau Lar Gam Phan

Die UDPKS wurde nach Aufforderung des Industrie- und Kommunikationsministers von ehemaligen Mitgliedern der Junta-Zivilorganisation USDA gegründet. Die UDPKS will davon profitieren, dass die größere und populärere Kachin State Progressive Party (KSPP) nicht zur Wahl zugelassen wurde (s. u.). Berichten zufolge wird die UDPKS von der Junta finanziert.

**Die *Kayin People's Party (KPP)* ist eine juntanahe Partei, in der Reformkräfte einflussreich sind**

Gründung: 2001  
Vorsitzender: Saw Tun Aung Myint  
Generalsekretär: Saw Say Wah  
Kandidaten: 43

Mehrere KPP-Funktionäre sind ehemalige Angehörige der Streitkräfte und der Polizei. Das Parteiprogramm folgt weitgehend den Vorgaben der Junta – allerdings unter Einbeziehung der Volksgruppen und mit offensichtlichem Willen zu Reform und Demokratie.



c) **Boycott**

**Shan Nationalities League for Democracy (SNLD)**

Vorsitzender: Htun Oo  
Generalsekretär: Sai Ai Pao

Bei den Wahlen 1990 gewann die eng mit der NLD verbundene Shan Nationalities League for Democracy 23 Parlamentssitze. Damit war sie die zweitstärkste Kraft nach der NLD. Die SNLD boykottiert die diesjährigen Wahlen, weil die Junta die Freilassung mehrerer inhaftierter Parteimitglieder verweigerte. Allerdings gründete der ehemalige SNLD-Generalsekretär Sai Ai Pao eine neue Partei, die SNDP (s. o.).

**United Nationalities Alliance (UNA)**

Die United Nationalities Alliance ist eine Koalition zwölf ethnischer Parteien, die bei den Wahlen 1990 insgesamt 67 Sitze errang. Als Voraussetzung für ihre Wahlteilnahme 2010 verlangte die UNA eine Überarbeitung der neuen Verfassung. Die Junta ignorierte die Forderung. Daher entschloss sich die UNA zum Wahlboykott.

**3. Ablehnung durch die Wahlkommission**

**Kachin State Progressive Party (KSPP)**

Gründung: 2009  
Vorsitzender: Tu Ja  
Generalsekretär: Tu Raw

Die Registrierung der KSPP wurde von der Wahlkommission abgelehnt. Entscheidend dürften die enge Verbindung zur Kachin Independence Organisation (KIO) sowie deren Weigerung, Grenztruppe zu werden, gewesen sein. Die KSPP ist ein Zusammenschluss aller Waffenstillstandsgruppen und gesellschaftlich anerkannter Führungspersonen im Kachin-State. Die KSPP hat starken Rückhalt in der Bevölkerung. Da die Partei nicht zu den Wahlen zugelassen wurde, stellen sich viele Mitglieder als unabhängige Kandidaten zur Wahl. Doch offenbar ließ die Wahlkommission auch das nicht zu.

ANNEX II:  
KARTE VON MYANMAR – Teilgebiete (divisions) und Teilstaaten (states)

**Burma Population Data**

Country Population: 57,504,000 million  
Eligible Voters: 27,369,957 million\*\*  
Total Townships: 325

**States and Divisions Population**

**Arakan (Rakhine) State**

Population: 3,183,000  
Percentage: 5.53%  
Total Townships: 17

**Chin State**

Population: 533,000  
Percentage: 0.92%  
Total Townships: 9

**Irrawaddy (Ayeyarwady) Division**

Population: 7,863,000  
Percentage: 13.67%  
Total Townships: 26

**Kachin State**

Population: 1,511,000  
Percentage: 2.62%  
Total Townships: 18

**Karen (Kayin) State**

Population: 1,740,000  
Percentage: 3.02%  
Total Townships: 7

**Kayah State**

Population: 336,000  
Percentage: 0.58%  
Total Townships: 7

**Magwe (Magway) Division**

Population: 5,392,000  
Percentage: 9.37%  
Total Townships: 25

**Mandalay Division**

Population: 8,062,000  
Percentage: 14.01%  
Total Townships: 31

**Mon State**

Population: 2,997,000  
Percentage: 5.21%  
Total Townships: 10

**Pegu (Bago) Division**

Population: 5,793,000  
Percentage: 10.07%  
Total Townships: 28

**Rangoon (Yangon) Division**

Population: 6,724,000  
Percentage: 11.69%  
Total Townships: 45

**Sagaing Division**

Population: 6,274,000  
Percentage: 10.91%  
Total Townships: 37

**Shan State**

Population: 5,464,000  
Percentage: 9.50%  
Total Townships: 55

**Tenasserim (Tanintharyi) Division**

Population: 1,632,000  
Percentage: 2.83%  
Total Townships: 10



Source: Statistical Yearbook 2008, Ministry of National Planning and Economic Development, the Government of the Union of Myanmar [Burma]

\*\*The eligible voter figure is from the voter list for the 2008 Constitutional Referendum

**ANNEX III: WAHLKREISE**

**Elected Parliamentary Seats in the New Legislative Bodies**

People's Parliament = 330 seats  
 Nationalities Parliament = 168 seats  
 State and Region Parliament = 665 (including 29 minority seats)  
 Total Seats for all Parliaments = 1,163 seats

**Distribution of Parliamentary Seats in States and Regions**

**Kachin State**

People's Parliament = 18 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 40 seats

**Kayah State**

People's Parliament = 7 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 15 seats

**Karen (Kayin) State**

People's Parliament = 7 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 17 seats

**Chin State**

People's Parliament = 9 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 18 seats

**Sagaing Division**

People's Parliament = 37 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 76 seats

**Tenasserim (Tanintharyi) Division**

People's Parliament = 10 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 21 seats

**Pegu (Bago) Division**

People's Parliament = 28 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 57 seats

**Magway (Magwe) Division**

People's Parliament = 25 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 51 seats

**Mandalay Division**

People's Parliament = 36 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 57 seats

**Mon State**

People's Parliament = 10 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 23 seats



**Arakan (Rakhine) State**

People's Parliament = 17 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 35 seats

**Rangoon (Yangon) Division**

People's Parliament = 45 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 92 seats

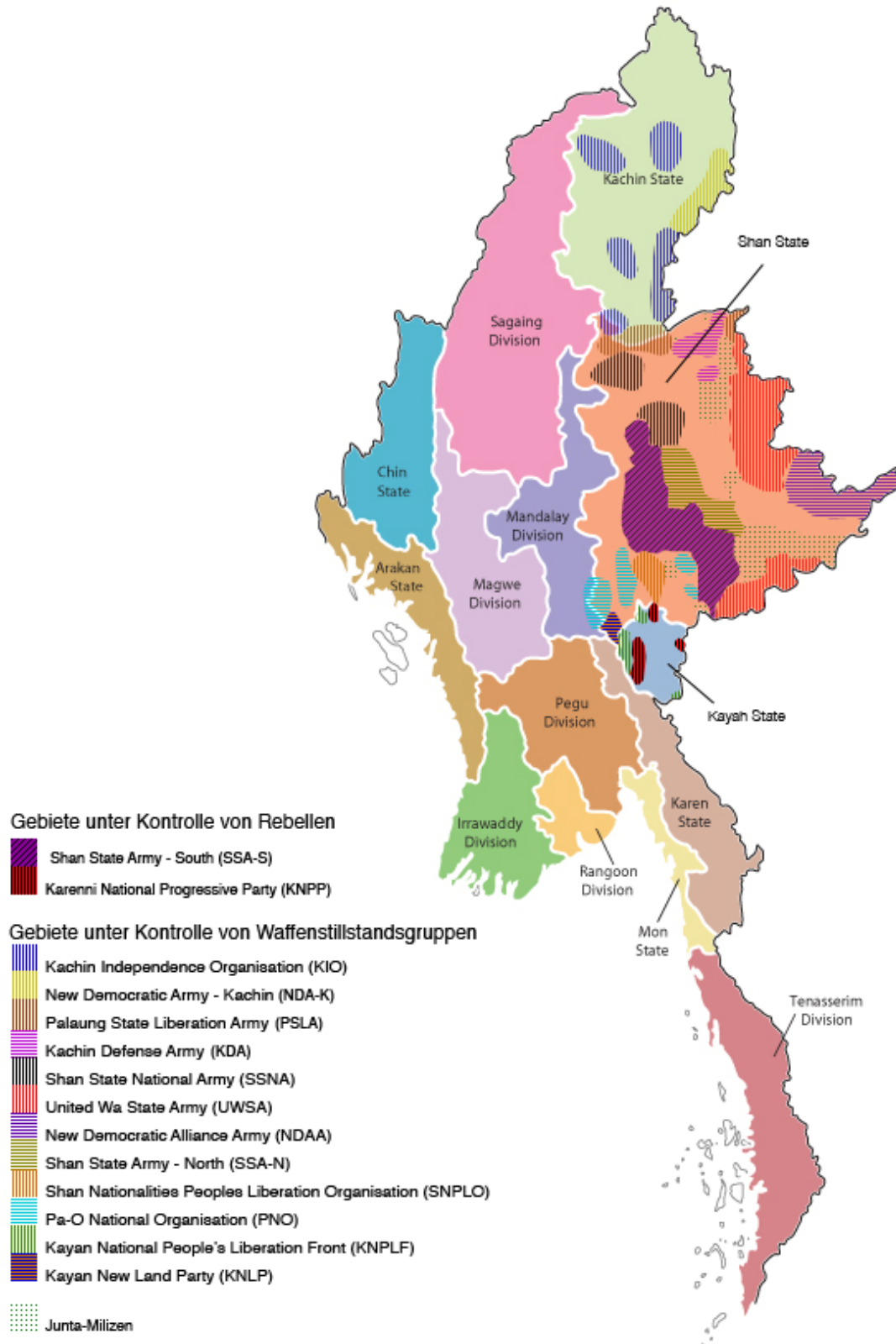
**Shan State**

People's Parliament = 55 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 109 seats

**Irrawaddy (Ayeyarwady) Division**

People's Parliament = 26 seats  
 Nationalities Parliament = 12 seats  
 State & Region Parliament = 54 seats

ANNEX IV:  
KARTE VON MYANMAR – Einflussgebiete von Waffenstillstandsgruppen sowie von Rebellen





Impressum  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Bereich Internationale Politik  
Referat Politikberatung und  
Internationale Politikanalyse  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter [www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)